



Die Zeit ist reif: Hessenwahl am 27. Januar 2008

17. Januar 2008

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

vielerorts beklagen die Menschen, dass es keine Unterschiede mehr zwischen den Parteien gäbe. Zu ähnlich seien die Ziele; zu unscheinbar die Kandidaten. Gut, dass dies bei uns in Hessen nicht der Fall ist. Mit Andrea Ypsilanti und ihrem Zukunftsteam an der Spitze bietet die hessische SPD die echte und einzige Alternative zur unsozialen Politik der CDU-Landesregierung. Sowohl bei den Inhalten als auch den Personen. Roland Koch ist verantwortlich für Dumpinglöhne, Atomkraft, Bildungsmisere, gesellschaftliche Spaltung und 'brutalstmöglichen' Populismus. Die Spitzenkandidatin der SPD hingegen steht für Mindestlöhne, Energiewende, Vielfaltsschulen und gesellschaftliche Integration. Mehr Gegensatz geht nicht. Jetzt gilt es, für die Wahl am 27. Januar alle Kräfte zu mobilisieren. Nach neun Jahren Stillstand und Rückschritten müssen wir Hessen endlich wieder auf Kurs bringen und fit für die Zukunft machen. Das hilft uns auch in Europa.

Solidarische Grüße,

Nicht ablenken, handeln!

Die Bilder der Gewalttaten in deutschen U-Bahnen bleiben in Erinnerung. Es steht außer Frage, dass die brutalen Angriffe mit aller Härte des Gesetzes geahndet werden müssen. Angesichts sinkender Umfragewerte war Roland Koch (CDU) schnell bei der Hand und forderte die sofortige Abschiebung straffällig gewordener "Ausländer". Das Thema Jugendkriminalität ist jedoch zu ernst, um es als billigen Wahlkampfslager zu missbrauchen.

Zunächst einmal gilt es festzustellen, dass Strafen nur bedingt abschrecken. Außerdem wird Gewaltbereitschaft nicht durch die Nationalität bedingt, auch wenn die CDU-Landesregierung das glauben machen will. Vielmehr spielen das soziale Umfeld sowie die Bildungs- und Zukunftschancen der Jugendlichen die entscheidende Rolle.

Genau hier hat Koch entscheidend und systematisch versagt. Einem für Deutschland übermäßigen Anstieg von Gewaltdelikten und Verbrechen in Hessen stehen drastische Stellenstreichungen bei Polizei, Justiz und Justizvollzug gegenüber. Gleichzeitig kürzte die CDU mehrere Millionen Euro bei der Erziehungsberatung, den Integrationshilfen und der Betreuung von straffälligen Jugendlichen.

Um Jugendkriminalität wirklich nachhaltig zu bekämpfen, muss das Übel an der Wurzel gepackt werden. Hessen braucht mehr Investitionen in den sozialen Frieden. Ganztagschulen, die für bessere Bildungschancen und Betreuung sorgen. Kinderkrippen, die eine frühe Integration ermöglichen. Und bei der Ahndung von Gewalttaten muss die Strafe, wie in den meisten anderen Bundesländern üblich, auch in Hessen endlich auf dem Fuße folgen.

Mindestlohn muss kommen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sich im Dezember 2007 in zweifelhafter Rechtsprechung zum Verhältnis von nationalem kollektiven Arbeitsrecht und Europarecht geäußert. Demnach sind unverhältnismäßige Arbeitskampfmaßnahmen gegen Unternehmen aus dem EU-Ausland nicht zulässig, um soziale oder tarifliche Mindeststandards durchzusetzen.

Ausgangspunkt war eine Klage des lettischen Bauunternehmers Laval. Das Unternehmen setzte im Jahr 2004 entsandte lettische Arbeitnehmer auf einer Baustelle in Schweden ein. Die Entlohnung erfolgte gemäß den lettischen Tarifen. Die schwedische Baugewerkschaft fasste dies als Lohndumping auf. Sie forderte den Beitritt von Laval zum schwedischen Bautarif und blockierte zur Durchsetzung ihrer Forderung die Baustelle.

Der EuGH misst der Dienstleistungsfreiheit eine höhere Bedeutung zu als dem Grundrecht auf kollektive Maßnahmen der Arbeitnehmerschaft. Allerdings können EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Entsenderichtlinie Mindestlöhne festlegen, die auch von ausländischen Unternehmen nicht unterlaufen werden dürfen. Die Konsequenz ist klar: jetzt führt kein Weg mehr am gesetzlichen Mindestlohn vorbei.

Fit für Hessen?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage, die uns per E-Mail **vor dem 27. Januar 2008** erreichen, verlosen wir eine SPE-Umhängetasche.

Schätzfrage: Wie viel Prozent holt die SPD bei der Hessenwahl?

Der Gewinner vom letzten Mal ist **Rolf Müller** aus **Bensheim**. Die Schweden wünschen sich 'God Jul' zum Weihnachtsfest.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de